

REVOLTE

Anarchistische Zeitung

NUMMER 46 JAHRGANG IV

OKTOBER 2019, WIEN

erscheint monatlich

REVOLTE!

Die Welt in der wir leben unterliegt stetigen Veränderungen. Diejenigen die uns beherrschen haben gelernt, die Geschwindigkeit unserer Zeit für ihre Ziele einzusetzen. Das erzeugt in vielen von uns das Gefühl sowieso abgehängt zu sein und lässt uns mit einem Gefühl der Handlungsunfähigkeit zurück. Diese Lethargie gilt es zu überwinden. In jedem Moment der Geschichte hat es Antworten auf die Unterdrückung und Ausbeutung gegeben. Immer schon gab es die Auflehnung gegen Ausbeutung und Herrschaft. Mit 'Würde' zu kämpfen bedeutet für uns, sich nicht auf die Diskurse und Diktate der Herrschenden einzulassen, sie nicht nur zurückzuweisen, sondern anzugreifen. Mit Worten, Taten und einer Mentalität der Subversion. Ihrer Realität der Beschränkungen, Gesetze, Regeln und Normen unsere Praktiken und Ideen entgegenzustellen. Der anarchistische Kampf ist für uns kein Tauschen um die Macht, oder eine Forderung nach einem besseren Leben in der kapitalistischen Realität, sondern eine konstante Spannung gegen die Autorität. Und diese Autorität stellt sich zu unterschiedlichen Zeiten auf jeweils andere Art dar, was unsere vermehrte Anstrengung erfordert, um Analysen und Methoden zu entwickeln die fähig sind sich mit der Autorität zu konfrontieren. Die kapitalistische Ausbeutung befindet sich seit geraumer Zeit in einer sich restrukturierenden Phase, diese, so scheint es, neigt sich nun einem Ende zu. Eine neue Dunkelheit in die wir eingetreten sind, sie zeichnet sich durch einen allumfassenden Angriff auf unser Leben, wie wir es kennen, aus. Und das nicht nur in Österreich, sondern auf der ganzen Welt. Technologisierung, Kontrolle, Verarmung und Militarisierung sind einige der Speerspitzen des neuen Stils der Herrschaft. Doch soll diese Finsternis nicht unsere Handlungen bestimmen. Sie ist zwar das Milieu in dem wir gezwungen sind zu leben und zu kämpfen, aber sie hat noch nicht unsere Verlangen zerstören können. Die Verwirklichung der Freiheit des Individuums kann nur durch die Zerstörung des Bestehenden erreicht werden, vorallem in einer Welt wie der unsrigen, die jeden Tag totalitärer wird. Und so setzen wir diesem täglich enger werdenden Horizont die grenzenlose Freiheit entgegen. Davon handelt diese Zeitung. Von den Überlegungen, Analysen und Taten die die Zerstörung der Herrschaft in sich tragen. So soll jede Tat gegen die Herrschaft und jedes Wort der Kritik und der Aufstachelung zur Revolte diese Dunkelheit erhellen. Lasst unsere Worte zu Taten werden und das Feuer die Nacht erleuchten.

Revolte heißt Leben!

Wenn ihr diese Zeitung regelmäßig per Post bekommen wollt, lässt sich das einrichten. Schreibt uns einfach eine Mail mit der Adresse!

Für Kritik, Text- und Diskussionsbeiträge sowie Anregungen:
revoltezeitung@riseup.net

Alle bisherigen Ausgaben auf:
<https://revolte.blackblogs.org>

Was ist Revolution?

Die Vergangenheit hat allzu oft gezeigt, dass eine „politische Revolution“ Schwachsinn ist. Immer und immer wieder wurden lediglich die Herrschenden umgefärbt oder ausgetauscht, an der Tatsache der Herrschaft an sich hat sich dadurch nichts geändert. Ganz im Gegenteil, viele der sogenannten Revolutionen haben lediglich eine neue Epoche der Ausbeutung eingeleitet, indem sie die Verhältnisse den neuen Anforderungen angepasst haben – die Herrschaft wurde sozusagen „aktualisiert“ oder verfeinert – damit die Beziehungen der Autorität besser den neuen Bedingungen zusagen. Hier könnten etliche Beispiele angeführt werden, ich beschränke mich hier auf das der „bürgerlichen Revolution“ in Frankreich 1789. Bei dieser Revolution wurde der zuvor herrschende Adel von der Bourgeoisie entmachtet und damit erst die Möglichkeit des freien Handels und die Grundsätze der Produktion gelegt, die die industrielle Revolution und das Aufleben des Kapitalismus ermöglichte. Dass durch diesen Umbruch ein freieres Leben ohne (oder zumindest mit weit weniger) Ausbeutung und Unterdrückung erkämpft wurde, wage ich zu bezweifeln...

Wenn ich hier also von einer Revolution spreche, meine ich damit einen grundsätzlichen Wandel der aktuellen Verhältnisse – und zwar aller Verhältnisse, die Unterdrückung produzieren: Rassismus, Sexismus, Ausbeutung durch Lohnarbeit, Eigentum, Geld, patriarchale Strukturen, Klimazerstörung, ... diese Liste ließe sich ewig fortführen. Aber kurz: einen grundsätzlichen Wandel aller Verhältnisse und Beziehungen, die uns von unseren Freiheiten und Träumen abhalten. Den Begriff Revolution verwende ich daher mangels eines besseren Begriffs. Die Revolution, die ich meine, kann kein einzelner Tag im Kalender sein, der irgendwann „stattfindet“ und dann abgeschlossen ist – genauso wenig kann es ein ganzes Jahr

sein so wie im obigen Beispiel. Ich meine damit einen permanenten Angriff auf all diese Strukturen, die unsere Leben zerstören, also vielmehr eine Lebens-einstellung oder Grundhaltung, eine Art die Welt zu betrachten, als eine einzelne Demonstration, ein Krawall oder die Erstürmung irgendeines Palastes. Sie findet immer statt, in jedem Moment.

Diese Revolution muss ihrer Natur nach **antipolitisch** sein, d.h. sich gegen jede Form von Politik richten. Politik verstehe ich hier als die organisierte Passivität, die der Staat (aber auch andere, ähnliche Strukturen) ihren Zwangsmitgliedern verordnet und alles was die Macht dieser Politik stützt. Repräsentation, Delegation und das perfide Machtspiel vor und hinter den Kulissen. Wenn meine Revolution also antipolitisch sein muss, kann ich mich nicht auf das Spiel von NGOs oder Parteien einlassen, nützen würde das ohnehin nichts, weil in ihnen selbst bereits die Unterdrückung des Individuums eingemeißelt ist und sie daher wohl kaum zur Befreiung desselben taugen. Abgesehen davon verhindert jede größere Struktur, Verein, Partei, Gruppe oder wie sie auch sonst heißen mögen die **autonome Initiative der Einzelnen**, was ich als eine grundlegende Fähigkeit erachte, die wir entwickeln müssen, um uns ansatzweise in Richtung Revolution bewegen zu können.

Anders als oft angenommen, handelt es sich bei Krawallen usw. nicht per se um revolutionäre Situationen – auch wenn in ihnen wichtige Stützen der Herrschaft in Frage gestellt und attackiert werden, z.B. die Idee des Eigentums oder des Gewaltmonopols des Staates. Dadurch können Erfahrungen gesammelt werden und evtl. eröffnen sich neue Perspektiven jenseits des normalen Alltags. Da diese Normalität eine Normalität der Unterdrückung ist, ist



jeder noch so kleine Bruch mit diesem Alltag eine wahr Freude. Um von einem Krawall zu einer Revolution zu gelangen, müssen wir diese Brüche jedoch ausweiten und eine Rückkehr zum Ausgangspunkt verhindern. Mit anderen Worten ist die Revolution, von der wir hier sprechen, vielmehr eine **konstante Spannung in Richtung Freiheit**, die sich nach den jeweiligen Umständen und nach unseren Bedürfnissen richtet. Als Anarchist*innen streben wir nicht nach einer politischen Revolution, sondern nach einer sozialen. Wir wollen, dass sich die Beziehungen zwischen den Menschen ändern und die Machtstrukturen zerlegt werden, die in ihnen leben. Und daran ändert sich nichts, nur wenn man die Führungsetage der Gesellschaft austauscht.

Unser Vorschlag in Richtung Revolution ist immer noch der Gleiche: selbstorganisierte Kämpfe von Leuten, die gemeinsame Vorstellungen teilen und der direkte, **unmittelbare Angriff** auf die Welt der Autorität und auf die Menschen und Strukturen, die unsere Misere produzieren. Überall dort, wo sich für uns die Möglichkeiten zur Sabotage, Enteignung und Subversion der sozialen Realität eröffnen und mit allen Mitteln, die uns als geeignet erscheinen und die wir uns aneignen können. Und da wir tagtäglich erleben, dass sich die Herrschenden nicht an Appelle und Forderungen halten, können diese Angriffe auf sie nicht lediglich friedlicher Natur sein. Ob das uns nun schmeckt oder nicht.

Solidarität: ein leeres Haus wurde in Wien zum Schein besetzt

Diesen Text haben wir aus dem Internet übernommen:

Letzte Woche, in der Nacht auf Donnerstag den 19. September 2019 wurden an dem Haus in der Rosensteingasse 10 Transpis angebracht und folgende Nachricht an verschiedene Zeitungen gesendet, um auf die genannten Situationen aufmerksam zu machen und sich solidarisch zu zeigen: Am Donnerstag, den 19. September 2019 haben wir in Solidarität mit Rozbrat, Exarcheia und Nele-Giebeldach die Rosensteingasse 10 besetzt. Wir werden uns weiterhin gegen die fortschreitende Gentrifizierung richten und uns den Raum nehmen, den wir benötigen! Um uns da-von abzuhalten und die Ordnung dieses men-

schenverachtenden und maroden Systems zu bewahren, ist jenen, die es schützen, leider jedes Mittel recht. Daher gedenken wir auch Steffen Meyn, welcher heute vor einem Jahr im Hambacher Forst von Bullen ermordet wurde. Getroffen hat es Einzelne, gemeint sind wir alle! Cops are Murderers! ACAB! Die Häuser denen, die drin wohnen! Am Morgen berichteten die Medien davon und manche druckten diesen Text in gekürzter Form ab. Im Laufe des Donnerstag Nachmittag wurden die Transpis allerdings entfernt und das Haus verriegelt. Es war von Anfang an der Plan, das Haus nur „schein-zu-besetzen“ und den Medien etwas vorzugaukeln mit dem Ziel, auf Leerstand aufmerksam zu machen. Eine „echte“ Be-

setzung war in diesem Fall (zumindest von uns) nie geplant. Nachdem anscheinend eine KettenSMS umgegangen ist, in der die Scheinbesetzung als echte Besetzung missverstanden werden konnte, können wir leider nicht ausschließen, dass Menschen aus Solidarität tatsächlich dort hingefahren sind. Sollte es so gewesen sein, tut es uns leid, dass es zu diesem Missverständnis gekommen ist, bedanken uns zwar für die gut gemeinte Geste aber entschuldigen uns auch bei den betroffenen Personen. Daran anschließend möchten wir auch darauf hinweisen, dass, sollte es zu einer echten Besetzung kommen, meist einer oder mehrere der üblichen Kanäle gewählt werden, um darüber zu informieren. Also bis dahin.

Über den Wahnsinn abstimmen

Am 29. September wurde in Österreich wieder einmal gewählt. Einzelheiten ersparen wir euch hier, es sei nur soviel gesagt, das Spektakel der Parteipolitik unterliegt einem andauernden Auf und Ab. Denn die Politik ist seit jeher von Korruption, Lügen und Selbstbereicherung geprägt und das wird sich auch nicht ändern. Ich gehe ja nicht wählen. Und dafür muss ich mir auch immer wieder allen möglichen Scheiß anhören. Meist sind das Argumente, die von Politik und Parteien selbst erfunden wurden, um die politische Aktivität ihrer Untergebenen auf demokratische, passive Verhaltensweisen zu trimmen. Ja, wählen ist sooo verschissen wichtig! Deshalb ändert sich ja auch so viel, wenn ich ein verflicktes Kreuz auf ein Stück Papier male. So ist die demokratische Mitbestimmung ja schon zu einem religiösen Ritual geworden, das sich durch das massenhafte Bekennen, Glauben und Hoffen auszeichnet. Aber ein System, das über abgeschlossene und unverrückbare Gesetz-

mäßigkeiten verfügt, kann nicht durch Partizipation aus den Angeln gehoben werden. Es ist sehr interessant, welchen Stellenwert die Staats- und Demokratiegläubigkeit mittlerweile quer durch alle politischen Lager angenommen hat. Für mich ein Anhaltspunkt für die geistige Leere, die sich zwischen den beiden Ohren der österreichischen Wahlberechtigten befindet. Aber auch ein Hinweis, wie weit unser Denken schon vom Staat durchdrungen ist. Denn was soll es mir bringen, über den einen oder anderen Wahnsinn abzustimmen, wenn es nie um mich selbst dabei geht. Wenn es nie um die Freiheit geht, sondern immer nur um die gesetzliche Verwaltung, nach unterschiedlichen ideologischen Maßstäben. Da könnt ihr mir lange vorwerfen, dass ich nicht ‚mitreden‘ darf und mich nicht ‚beschweren‘ soll, wenn ich nicht wählen gehe. Denn all euch linken und rechten, euch grünen, blauen, roten und türkisen, euch liberalen, konservativen und populistischen Arsch-löchern sei gesagt, mein

Leben macht ihr nicht zu einer Banalität. Ich gebe mich nicht mit geringeren Übeln und schlechten Kompromissen zufrieden. Nur weil ihr den Staat zur Religion erhoben habt, an dem es keinen Weg vorbei gibt, heißt das noch lange nicht, dass ich euch dafür auch noch meine Zustimmung erteile, indem ich euch meine persönliche Legitimation ausspreche. Denn das menschliche Leben bleibt das, was es seit den ersten Zivilisationen und den ersten Staaten die sich auf der Erde herausgebildet haben, ist: Ein andauernder Kampf derjenigen die über Macht und Reichtum verfügen gegen ihre Untergebenen. Die Profiteure dieser Ordnung können nicht abgewählt werden. Auch die Bullen und das Militär, die diese Ordnung schützen, können nicht abgewählt werden. Und wir werden weiterhin gezwungen sein, zu schlechten Konditionen unsere Arbeitskraft und unsere Zeit zu verkaufen. So bleibt das Problem die Macht an sich und nicht ihre ideologische Ausformung... Denn alles bleibt wie es ist, bis wir das Zündholz an die Lunte halten...

Eine Demo und etwas Farbe...

Für den 7.September haben die „Identitären“ erneut für einen Fackelmarsch auf den Kahlenberg bei Wien mobilisiert. Sie wollten damit den „Türkenbelagerungen“, bzw. der Verteidigung Wiens gedenken und eine historische Parallele dazu ziehen, weil sie der Meinung sind, dass genau dasselbe jetzt im Moment durch Einwanderung geschehe. Und dass sie die Verteidiger*innen Wiens seien... Verschiedene Zusammenschlüsse von Menschen haben den Marsch auf den Kahlenberg verhindert, indem sie auf zwei Seiten des Kahlenbergs die Zugangswege blockierten. Allerdings haben die Identitären offensichtlich schon zuvor mit den Bullen den Deal ausgehandelt, dass sie stattdessen in der Wiener Innenstadt ihren Marsch abhalten werden, was dazu führte, dass diejenigen, die sich dem rechten Aufmarsch entgegenstellten, zu diesem Zeitpunkt nicht in der Innenstadt waren.

Der Marsch konnte von der Freyung bis zum Stubentor relativ ungestört stattfinden, jedoch wurden offenbar die Reisebusse der Faschos im ersten Bezirk großflächig mit Farbbeuteln beworfen. Bei der Abschlusskundgebung beim Lueger-Denkmal kam es dann zu kleineren Rangeleien. Eine größere Gruppe Antifaschist*innen versuchten die Bullenabsperungen zu durchbrechen und etwas Ärger zu machen, was allerdings nicht gelang. Die Bullen fuhren sofort ihr komplettes Arsenal auf, inklusive 9 total aggressiver Polizeihunde und jagte die Menge in den Stadtpark. Die Hunde konnten allerdings von beherzten Personen mit Böllern zum Stillstand bewegt werden und auf der Flucht Richtung Park wurden dann noch einige Wahlplakatständer demoliert. Festgenommen wurde niemand. Beim Abschluss der Identitären-Demo hielt Ursula Stenzel (FPÖ) eine Rede und betonte, dass

„man nicht faschistisch oder faschistoid sein müsse, nur weil man sich der Massenmigration und einer anderen Kultur entgegenstelle“. Die Rede von Stenzel dürfte den halbherzigen Abgrenzungsversuchen seitens der FPÖ von den Identitären wieder mal etwas Einhalt gebieten. Also nicht, dass wir eine FPÖ-Politikerin brauchen würden, um die Identitären scheiße zu finden...

Bereits tags zuvor gab es eine antifaschistische „Warm-up-Demo“ im 15. Bezirk, an der einige hundert Menschen teilnahmen. Die Demo verlief weitgehend entspannt und zog vorbei am neuen „Identitären Zentrum“ in der Löhrgasse 20 – nicht jedoch ohne dieses mit Pyrotechnik, Eiern und Farbbeuteln zu bewerfen. Was genau die Faschos in diesem Gebäude alles machen, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar, jedoch freut es uns sehr, dass dieser Treffpunkt nun etwas in die Öffentlichkeit gezerzt wurde. Und jetzt kennen wir ja alle die genaue Adresse...

Hausbesetzungen: Kostenersatz für "Nele"-Besetzung?! Beahlt wird nicht!

Mitte November 2018 wurde das leerstehende Gebäude der ehemals revolutionär marxistischen Druckerei in Wien 1160 besetzt. Genannt wurde das Haus „Nele“. Diese Rauman eignung war nicht nur ein direktes Zeichen gegen Aufwertungs- und Verdrängungspolitik, sondern bot auch einer Vielzahl an Menschen die Möglichkeit sich in antihierarchischen und nicht leistungsoptimierenden Formen des Zusammenlebens, sowie anderen Lernprozessen zu erproben. Nachbar*innen fanden die Besetzung gut und bekundeten ihre Solidarität. Es hatte Sprengkraft. Vielen Leuten stinken die Eigentumsverhältnisse und die damit einhergehenden Mietverhältnisse gewaltig. Den Herrschenden ist das bewusst. „Wo käme mensch da hin, würden jetzt alle leer stehenden Wohnraum besetzen?“

Öffentlichkeit immer wieder die Frage auf:

“Wer bezahlt für den vollkommen überzogenen Polizeieinsatz?”

Unter dem Druck, tausende Euro teure Räumungen von zuvor ungenutzten Häusern rechtfertigen zu müssen, kam die Polizei auf eine besonders perfide Idee: Unter der Erklärungsnot, dass die Allgemeinheit zur Kassa geboten wird um Privatinteressen zu verteidigen, möchten die Bullen ihre maßlosen Einsatzkosten den Besetzer*innen umhängen. Sie versuchen also durch einen Winkelzug mit dem §92a einen Kostenersatz von den geräumten Personen zu erpressen. Durch das „Sicherheitspaket“, welches am 25.Mai 2018 in Kraft getreten ist, wurde der §92a erweitert. Bisher war nur dann ein Kostenersatz vorgesehen, wenn eine Alarmanlage ohne Grund Alarm abgab. Durch die neugeschaffene Regulierung des §92a Abs. 1a SPG (Sicherheitspolizeigesetz) ist vorgesehen, dass auch Verursacher*innen eines Polizeieinsatzes zum Ersatz dieser Kosten in 2 Fällen verpflichtet werden können: Wenn der Polizeieinsatz vorsätzlich durch eine falsche Notmeldung ausgelöst wurde, oder wenn sich eine Person zumindest grob fahrlässig einer Gefahr für Leben oder Gesundheit ausgesetzt hat. Zu zahlen soll dann ein Pauschalbetrag sein, der in erster Instanz durch die Bezirksverwaltungsbehörde bestimmt wird. Diese unpräzise Formulierung spielt der Willkür des Polizeiapparates in die Hände.

Eine der beiden identifizierten Personen, die sich während der Räumung auf dem Giebeldach befand, bekam 7 Monate nach dem Einsatz einen Brief mit einer Kostenersatzforderung über 3.808 Euro. Die Person soll sich durch das Erklimmen des Giebeldaches selbst in Gefahr gebracht haben und jetzt deswegen für den Polizeieinsatz aufkommen. Einen Einsatz den sich die Person mit Sicherheit nicht gewünscht hat. Außerdem befand sich die Person ausschließlich nur zu jenem Zeitpunkt grob fahrlässig in Gefahr, als ein Bulle am Dach nach ihr trat, wie ein Video dokumentiert. Besonders dass die Definitionsmacht, wann sich eine Person in Gefahr befindet, bei der Polizei liegt, macht diesen Paragraphen zu einem Werkzeug um eine Vielzahl an politischen Protesten zu delegitimieren und zu kriminalisieren. Sei es beim Abseilen oder anderen Kletterak-

tionen im Umweltkontext, Tripod-Aktionen oder die Verwendung von Lock-ons gegen Tierfabriken. Selbst eine Straßenblockade kann unter diese Definition fallen. Bei politischen Protesten geht die größte „Gefahr für Leben oder Gesundheit“ allerdings meistens von der Polizei aus.

Dieser Einschüchterungsversuch auf finanzieller Ebene ist kein Einzelfall. Die Veranstalter*innen einer Gegendemonstration gegen den rechtsradikalen Kongress „Verteidiger Europas“ im Oktober 2016 wurden zu 23. 000 Euro Schadensersatz verklagt. Und zwar deshalb, weil Demonstrant*innen Farbbeutel geworfen haben. Auch die Silvesternacht, bei der als Resultat eines überzogenen Polizeieinsatzes mehrere Menschen Verwaltungsanzeigen aufgrund „ACAB-Rufe“ zugeschickt bekommen haben, ist ein Beispiel eines Einschüchterungsversuchs. Den betroffenen Personen werden die Taten nicht direkt vorgeworfen, sondern Teil einer Gruppe gewesen zu sein, aus der irgendwer etwas geschrien hätte. Die bloße Anwesenheit soll bestraft werden. Bei beiden Beispielen, wie auch bei der Kostenersatzforderung, scheint es, als würden die Repressionsbehörden gerade austesten, wie weit sie praktisch und juristisch gehen können, um Widerständige einzuschüchtern. Sie versuchen Präzedenzfälle zu schaffen, um die Möglichkeiten widerständiger Kämpfe immer weiter zu einschränken. Lassen wir uns das nicht gefallen! Wehren wir uns auf allen Ebenen und mit allen Mitteln! Einsprüche sind schön und gut, aber die Gerichtssäle dieser Welt verhandeln keine Gerechtigkeit. Lassen wir uns nicht für unser politisches Engagement vom Staat erpressen.

Beahlt wird nicht! Lasst uns niemals aus freien Stücken jene bezahlen, die unsere Leute geschlagen, getreten und weggesperrt haben! Ganz im Gegenteil, sollte es zu einer Eintreibung und womöglich zu einer Ersatzfreiheitsstrafe kommen, wird der Staat dafür doppelt und dreifach bezahlen (Unterkunft inklusive). Jegliche Unterstützung erwünscht! Repression versucht kollektive Wut in individuelle Ohnmacht zu verwandeln. Verwandeln wir unsere individuelle Ohnmacht wieder in kollektive Wut und spucken den Schergen der Macht & Ordnung ins Gesicht!

Termine:

Offenes anarchistisches Treffen
Das nächste monatliche Treffen des „Anarchistischen Netzwerks Wien“ findet am Dienstag, den 8. Oktober statt. Gemeinsames Kochen ab 17 Uhr, Beginn 19 Uhr
Wielandgasse 2-4 / 1100 Wien

Briefe schreiben an Gefangene
Seit Ende Jänner 2017 findet die ABC-Schreibwerkstatt statt. Wir finden es wichtig unseren Genoss*Innen, Gefährt*Innen und Freund*Innen, die aus unterschiedlichen Gründen in Knästen sitzen, Solidarität zu zeigen und sie wissen zu lassen, dass sie nicht alleine oder vergessen sind. Eine gute Möglichkeit ist ihnen Briefe oder Postkarten zukommen zu lassen. Briefe und das Wissen, dass mensch nicht vergessen ist, können in dieser grauen Gefangenschaft die Welt bedeuten. Leider glauben noch immer zu viele Menschen in unseren Bewegungen, dass Knast sie nicht betrifft, wobei es klar sein muss, dass Knast alle betrifft. Auf der einen Seite als die ständige Droh- & Kontrollfunktion dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Als ein Ort, wo wir niemals hin wollen und dessen reine Existenz uns schon unterdrückt. Und auf der anderen Seite auch als reale Reaktion des Staates auf unsere Kämpfe für eine freie Gesellschaft ohne diese einsperrenden Institutionen. Mit der Schreibwerkstatt wollen wir mehr Menschen ermutigen Briefe an Gefangene zu schreiben. Dafür stellen wir euch gerne Material (Papier, Adressen, Kuvere, Postfach, etc.) und auch unsere Erfahrungen zur Verfügung. Außerdem wird's auch immer Getränke und kleine vegane Snacks geben. Solidarität ist eine Waffe!
Donnerstag, 31.10. 19
Medienwerkstatt (2.Stock) / 18:00 – 20:00 Uhr
Wielandgasse 2-4 / 1100 Wien

Wien: In der Nacht von 10. auf 11. September 2019 wurden vier Personen festgenommen

Die Polizei wirft ihnen vor, dass sie bei der Firma Rheinmetall in 1230 Wien Graffitis angebracht und Transparente aufgehängt haben sollen. Der Vorwurf gegen sie lautet schwere Sachbeschädigung und kriminelle Vereinigung sowie gegen eine Person auch Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwere Körperverletzung. Bei drei Personen fanden direkt im Anschluss an die Festnahme und Befragung eine Hausdurchsuchung statt. Eine Person wurde unmittelbar nach Deutschland abgeschoben. Alle vier werden von der Polizei dem linken/autonomen Spektrum zugeordnet. Aufgrund der bisherigen Informationen gehen wir davon aus, dass von der Polizei weiter ermittelt wird und sich diese Ermittlungen eventuell auch gegen weitere unbekannte Personen richten.

Wenn ihr von Repression betroffen seid, Vorladungen bekommen solltet etc.: Meldet Euch bei den Rechtshilfestrukturen Eures Vertrauens! Anna und Arthur halten ihre Klappe und sind solidarisch!

FPÖ-Veranstaltungen sind teuer...

In der Nacht vom 4. auf den 5. September wurde ein Lokal in Favoriten mit Parolen gegen die FPÖ und gegen Kickl angeschmiert, außerdem schütteten die Unbekannten offenbar schwarze Teerfarbe auf die Fassade des Lokals. Der Grund dafür dürfte ein zuvor stattgefundenes Treffen zwischen der FPÖ Favoriten und Herbert Kickl in genau diesem Lokal gewesen sein. Auf dass sich die Faschist*innen nirgends ungestört treffen können!

Vandalismus gegen den Zirkus der Wahlen

Kaum ein ÖVP- oder FPÖ-Plakat haben wir in diesem Wahlkampf gesehen, dass nicht durch Aufkleber, Poster, Schrifzüge oder schlicht künstlerischen Ausdrücken verschönert war. Einige waren sogar ganz abgerissen oder die Ständer zerlegt. Ein "Bürgerbüro" der FPÖ in Wien Rudolphsheim wurde offenbar auch noch angegriffen, wie den Medien zu entnehmen war. Gerade weil sich der Vandalismus auf die "bösen" Parteien - also FPÖ und ÖVP - konzentrierte, freut es uns besonders, dass auch die Plakate der anderen vermehrt dran glauben mussten. Schön!

